

Stellungnahme



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

ver.di Landesbezirk
NRW

Karlstr. 123-127
40210 Düsseldorf

Telefon: 0211-61824-0
Durchwahl: 0211 61824-324
Telefax: 0211 61824-447

der
Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
zu

www.verdi.de

Datum
Ihre Zeichen
Unsere Zeichen

22. November 2023

Finger weg vom OGS-Rechtsanspruch - die Landesregierung muss kurzfristig ein Rettungsprogramm für den Ganzttag auflegen

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/5851

Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung und des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 28. November 2023

Vorbemerkung

Mit dieser Stellungnahme artikuliert ver.di in erster Linie die Perspektive der OGS-Beschäftigten, aber auch die Bedürfnisse der Kinder nach hochwertiger Bildung sowie die Interessen der Eltern, Arbeit und Familie in Einklang bringen müssen.

Wir setzen uns für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in den Beschäftigungs- und Qualifizierungseinrichtungen des Offenen Ganztags und dafür, dass Soziale Arbeit auch hier die Wertschätzung erhält, die sie verdient, ein.

Unabhängig von der Parteizugehörigkeit, haben alle Regierungen der letzten Jahre die Situation im OGS-Bereich nicht ausreichend behandelt und tragen Verantwortung für die gegenwärtige Bildungskatastrophe und den Fachkräftemangel. Gegenseitige Schuldzuweisungen sind in diesem Kontext wenig hilfreich, da über die letzten zwei Jahrzehnte konstant auf Kosten der Kinder und des Personals gespart wurde. Warnungen seitens der Beschäftigten in der OGS wurden überhört, und die drastische Unterfinanzierung des Systems zeigt sich nicht erst seit Mitte des aktuellen Schuljahres.

Der Offene Ganztag ist bisher lediglich aufgrund des enormen Engagements der Beschäftigten nicht zusammengebrochen, jedoch steigt der Druck stetig an. Der geplante Rechtsanspruch sowie die schlechte Vorbereitung in Verbindung mit der strukturellen Unterfinanzierung durch den Staat tun ihr Übriges. Neue Beschäftigte zu gewinnen und vorhandenes Personal unter den schlechten Bedingungen zu halten, stellt für die Träger eine große Herausforderung dar.

Das Fehlen eines allgemeingültigen Gesetzes verhindert eine Verbesserung der Situation, die vorherigen Ministererlasse reichen nicht aus. Mit dem geplanten Landesausführungsgesetz kommt die Landesregierung unserer langjährigen Forderung nach einem gesetzlichen Rahmen nun endlich nach. Diese Absicht begrüßen wir und weisen erneut auf das von ver.di veröffentlichte „Gute-OGS-Gesetz“ hin.

Das „Gute-OGS-Gesetz“ ist ein Diskussionspapier, welches sich mit der Optimierung der Offenen Ganztagsschulbedingungen in NRW befasst. Es setzt sich für verbindliche Standards in der Schulkinderbetreuung, verbesserte Personalausstattung, bedarfsgerechte Finanzierung und eine verstärkte Einbindung von Eltern und Kindern ein. Das Ziel ist die Steigerung der Qualität der Offenen Ganztagschulen, um den Bedürfnissen von Kindern und Eltern gerecht zu werden. Das von ver.di erarbeitete Gesetz ist ein Vorschlag ohne offizielle Gesetzesvorlage und betont auch die Forderung nach verbesserten Arbeitsbedingungen und angemessener Bezahlung für das Personal.

Konkrete Maßnahmen beinhalten eine tarifliche Bezahlung nach dem TVöD, eine bessere Personalausstattung für einen verbesserten Betreuungsschlüssel, Qualifizierungs- und Fortbildungsmöglichkeiten sowie eine verstärkte Beteiligung der Beschäftigten an der Planung und Umsetzung der Offenen Ganztagschule.

Tarifflicht darf nicht belohnt, Träger entlastet werden

Am 19. Oktober sind dem Aufruf der Träger der Freien Wohlfahrt und der Gewerkschaft ver.di zu einer Kundgebung vor dem Landtag mehr als 22.000 Menschen gefolgt. Die deutliche Botschaft an Landesregierung und Landtag lautet: Sie müssen im Haushalt im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe handeln!

Kürzungen als auch lediglich ein „weiter so“, verschlimmern die Situation und senden ein falsches Signal an die Beschäftigten. Die Träger dürfen auch im OGS-Bereich nicht auf den steigenden Kosten sitzen bleiben. Tarifflicht darf nicht belohnt werden! Tarifsteigerung müssen vielmehr als Wertschätzung für die Beschäftigten gesehen werden. Die vorgesehene dreiprozentige Erhöhung des Schulhaushalts für das Jahr 2024 reicht bei weitem nicht aus, wir benötigen ein spürbares Rettungspaket der Landesregierung für die Träger als Antwort auf die aktuelle Finanzierungsproblematik.

Bei den Kindertageseinrichtungen wurden 550 Mio. Euro Unterstützung für 2024 angekündigt. Da die Bedingungen im Offenen Ganztage noch viel dramatischer sind, unterstützt ver.di die Forderung nach einem zusätzlichen Rettungspaket von 100 Mio. Euro, auch, damit der Rechtsanspruch ab 2026 umgesetzt werden kann.

Beschäftigte in der OGS

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Offenen Ganztagschulen leisten einen unschätzbar wertvollen Dienst. Ihre Arbeit geht weit über reine Betreuung hinaus. Sie sind Pädagog*innen, Sozialarbeiter*innen, Organisator*innen und Vertrauenspersonen zugleich. Daher ist es von höchster Wichtigkeit, die Arbeitsbedingungen, die Bezahlung und die Anerkennung dieser Fachkräfte zu verbessern. Eine angemessene Bezahlung und Fortbildungsmöglichkeiten sind essenziell, um hochqualifizierte und motivierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten. Mit Teilzeitstellen und dem hohen Anteil an Quereinsteiger*innen wird der Offene Ganztage die gesteckten Ziele nicht erreichen können. Erforderlich ist eine Aufwertung der Beschäftigungsverhältnisse und niederschwellige Angebote, damit vorhandene Beschäftigte auch formal zu Fachkräften werden. Es muss Schluss damit sein, dass die Bildungsmisere auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Sie sind bisher der einzige Garant dafür, dass OGS überhaupt noch funktioniert.

Keine Aufbewahrung und Billigvariante der Schulbetreuung

Jedes Kind hat das Recht auf eine qualitativ hochwertige Bildung. Die OGS darf nicht nur ein Ort der Aufbewahrung sein, sondern ein Ort, an dem Kinder sich entfalten, lernen und soziale Kompetenzen entwickeln können. Dazu bedarf es ausreichender Räumlichkeiten, gut ausgestatteter Spiel- und Lernmaterialien sowie einer angemessenen Betreuungsrelation, um individuelle Förderung zu ermöglichen.

Eltern und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für Eltern ist die OGS oft die einzige Möglichkeit, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Reduzierte Öffnungszeiten und Ausfall durch Fachkräftemangel erschweren die Planungen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Alle Perspektiven in den Blick nehmen

Ver.di appelliert an die Landesregierung, die Bedenken und Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen. Eine gelungene OGS setzt voraus, dass Schulträger, Eltern, Kinder und ihre Interessenvertretungen an einem Strang ziehen. Nur so kann eine optimale Umgebung geschaffen werden, in der Bildung, Betreuung und familiäre Bedürfnisse in Einklang gebracht werden. Die Forderung zur Einführung eines runden Tisches in dem Sinne begrüßen wir.

OGS bietet viele Chancen für Kinder, Eltern und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

Nicht selten fallen erzieherische Arbeiten durch schlechte Umstände in der Kinderbetreuung wieder auf Frauen zurück. Diese sehen sich gezwungen, in Teilzeit zu gehen und zahlen am Ende die Quittung dafür, dass der Staat seiner Verantwortung, auskömmliche Bedingungen zu schaffen, nicht nachkommt. Dies hat wiederum zur Folge, dass sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und am Ende sowohl schlechtere Einkommen als auch schlechtere Renten haben. Dieser Negativtrend muss endlich gestoppt und das gesamte System auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei begrüßen wir die Initiative der SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich und unterstützen die darin enthaltenen Forderungen.

Die beschriebenen Probleme werden im Antrag klar benannt und umfassen unter anderem einen Mangel an Plätzen, steigende Personalkosten, Liquiditätsengpässe, Trägerinsolvenzen, wegfallende Betreuungsangebote, Notgruppen oder Verkürzung der Betreuungszeiten.

Aber auch Standardabsenkungen sowie finanzielle Schwierigkeiten der Kommunen (auch hierzu legte ver.di bereits vor einigen Jahren das Konzept der NRWKASSE vor, um endlich die Altschuldenproblematik der Kommunen zu beheben) werden erwähnt.

100 Mio. Euro werden nicht reichen

Ver.di weist auf zusätzliche Forderungen hin: Rettungsmaßnahmen können nur kurzfristig helfen, und die von der SPD-Landtagsfraktion geforderten 100 Mio. Euro werden nicht ausreichen. Die OGS benötigt langfristig eine auskömmliche Finanzierung, um Qualität und Fachkräfte zu gewährleisten. Gegenwärtig wird befürchtet, dass aufgrund mangelnder Investitionen durch die Bundes- und Landesregierung sowie der knappen Verfügbarkeit von Fachkräften auf beides verzichtet werden muss. Finanzielle Investitionen in die Bildung sind unumgänglich.

Landesregierung muss sich auf Bundesebene für ein Sondervermögen Bildung einsetzen

Ver.di hat dieses Jahr einen Bildungsappell mit zahlreichen Verantwortlichen aus dem Bildungsbereich initiiert. Unterstützt von über 180 Bildungsorganisationen, Gewerkschaften sowie Eltern- und Schülervertretungen, setzen wir uns für eine umfassende Bildungswende ein. Unsere zentrale Forderung ist die Einrichtung eines Sondervermögens Bildung in Höhe von mindestens 100 Mrd. Euro, eine bedarfsgerechte Finanzierung für Bildung und Forschung, eine Ausbildungsoffensive für Erzieherinnen, Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Durchführung eines Bildungsgipfels, um klare und verbindliche Vereinbarungen zu treffen.

Das aktuelle Bildungssystem kritisieren wir scharf und betonen, dass die Ansprüche an Inklusion, Chancengleichheit und Digitalisierung bei jahrzehntelanger Unterfinanzierung und dramatischem Fachkräftemangel nicht erfüllt werden können. Es besteht großer Handlungsbedarf.

Fachkräfteoffensive der Landesregierung

Der Ministerpräsident hat die Fachkräfteoffensive der Landesregierung erst vor wenigen Wochen zur Chefsache erklärt. Eine auskömmliche Finanzierung im Bereich der Offenen Ganztagschule (OGS) muss ebenfalls aus diesem Blickwinkel betrachtet werden. Durch gut funktionierende OGS-Strukturen hätten viele Eltern, die derzeit auf Teilzeit angewiesen sind, um die Kinderbetreuung zu gewährleisten, die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit aufzustocken. Beschäftigte, die Interesse an Weiterqualifizierung zeigen, müssen durch finanzielle Unterstützung seitens des Landes die Gelegenheit dazu erhalten.

Dabei ist es entscheidend, pädagogische Fachkräfte von nicht-pädagogischen Aufgaben zu entlasten. Träger müssen langfristig sicher planen können, indem ihnen das Land sichere Finanzausgaben macht und einen geeigneten gesetzlichen Rahmen schafft.

Zusammenfassung unserer Forderungen:

- Vergabe nur an Träger, die tarifiert sind und über eine betriebliche Interessenvertretung verfügen oder deren Gründung unterstützen, um Mitbestimmung zu garantieren und Tarifflicht zu verhindern
- feste Mindeststandards durch ein Gesetz für einen guten schulischen Ganzttag
- Einsatz von pädagogischen Fachkräften im schulischen Ganzttag
- Qualifizierungsangebote für Beschäftigte, die ohne entsprechende Ausbildung im schulischen Ganzttag arbeiten
- eine verbindliche Personalbemessung
- zusätzliches, qualifiziertes Personal für Kinder mit Behinderung
- Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse wie sachgrundlose Befristung, unfreiwillige Teilzeit, Minijobs u.a.
- angemessene Fachberatung und Fortbildung
- pädagogisch angemessene Mindeststandards für Räume
- Betriebserlaubnis nach dem SGB VIII
- kein Einsatz der Beschäftigten im schulischen Ganzttag als Vertretungslehrer*innen